

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, Dr. Axel Troost, Dr. Diether Dehm, Andrej Hunko, Thomas Nord, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen**

### **Fortschritte beim Anpassungsprogramm für Griechenland**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag lehnt die von der Bundesregierung in der Nacht vom 26. zum 27. November 2012 in Brüssel ausgehandelten Veränderungen an dem erst am Anfang dieses Jahres beschlossenen sogenannten zweiten Anpassungsprogramm für Griechenland ab, weil sie keinerlei Beitrag zur Überwindung der Krise in Griechenland und der Krise der Europäischen Währungsunion leisten. Griechenland war aus vielen, auch hausgemachten Gründen 2010 in einer schwierigen Situation. Die seit dem vor allem auf Druck der deutschen Bundesregierung aufgezwungene Sparpolitik hat aus dieser schwierigen eine fast aussichtslose Lage gemacht, aus der Griechenland nur durch eine Abkehr vom Sparkurs, durch eine massive Investitions-offensive mit aktiver Wirtschaftspolitik und durch einen Schuldenschnitt herausfinden kann. Das laufende Anpassungsprogramm ist hingegen insgesamt nicht zielführend, da es die Krise verschärft und durch eine diktierte Politik des sozialen Kahlschlags die weit überwiegende griechische Bevölkerungsmehrheit leiden lässt.
2. Im Rahmen des ersten sogenannten Anpassungsprogramms wurde Griechenland zu historisch unvergleichbaren Kürzungen bei Löhnen, Renten und Sozialleistungen in Höhe von 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gezwungen. In den Jahren 2013 und 2014 sollen im Rahmen des zweiten sogenannten Anpassungsprogramms weitere 7 Prozent des griechischen BIP gekürzt werden, davon zwei Drittel bei Löhnen und Renten. Durch die Kürzungen ist ein Fünftel der griechischen Wirtschaft zerstört worden. Griechenlands Wirtschaftsleistung ist in den letzten drei Jahren um knapp 20 Prozent eingebrochen. Die offizielle Arbeitslosenrate ist in den Jahren 2010 bis 2012 um das Zweieinhalbfache von 9,5 auf fast 25 Prozent gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt inzwischen bei fast 60 Prozent. In Griechenland grassiert Obdachlosigkeit, immer mehr Menschen sind auf Suppenküchen angewiesen, die Selbstmordrate ist in den letzten beiden Jahren um 40 Prozent gestiegen. Von der katastrophalen Lage profitiert die extreme Rechte. Die neonazistische Partei Goldene Morgendämmerung rangiert bei repräsentativen Umfragen im Herbst 2012 bereits bei 12 Prozent.

3. In den ökonomischen Daten Griechenlands der letzten zwei Jahre manifestiert sich das Scheitern der Eurokrisenpolitik der Bundesregierung und der Troika. Offizielles Ziel dieser Politik war und ist angeblich die Herstellung der Schuldentragfähigkeit Griechenlands. Das Gegenteil wurde erreicht. Seit 2010 ist die Schuldenquote des griechischen Staates von 130 auf aktuell knapp 180 Prozent des BIP weiter gestiegen. Das bedeutet in absoluten Zahlen eine Steigerung um rund 60 Mrd. Euro. Nach dem aktuellen Troika-Bericht wird erwartet, dass die Schuldenquote im Jahr 2014 – trotz weiterer Umsetzung der diktierten Kürzungspolitik – auf 190 Prozent angestiegen sein wird. Die Bundesregierung, die die Hauptverantwortung für den aufgezwungenen Sozialkollaps trägt, hat nicht nur die Griechinnen und Griechen massiv geschädigt. Sie hat damit zugleich dafür gesorgt, dass die an Griechenland vergebenen Kredite wohl kaum jemals zurückgezahlt werden können, denn durch den Sparkurs schrumpft die griechische Wirtschaft nun im vierten Jahr in Folge – und damit auch die Steuereinnahmen. Solange der Sparkurs fortgesetzt wird, besteht keine Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage. Griechenland wird zu weiteren Haushaltsdefiziten gezwungen und die Bundesregierung ruiniert damit die Chancen der Gläubiger – auch der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler –, ihr Geld jemals zurückzubekommen.
4. Die beschlossenen Stundungen der Zinszahlungen führen spätestens im Jahr 2022 zu einer katastrophalen Belastung des griechischen Haushalts. Mit den Ergebnissen vom 26./27. November 2012 in Brüssel ist eine Schuldenquote, die „substantiell“ im Jahr 2022 unter 110 Prozent liegt, nicht zu erreichen. Dass der Internationale Währungsfonds (IWF) in dieser Hinsicht ebenso Bedenken hat, hat er deutlich damit zum Ausdruck gebracht, indem er weitere Auszahlungen eigener Kredittranchen von der eigenen Bewertung des geplanten Schuldentrückkaufprogramms abhängig macht.
5. Die Bundesregierung hat mit ihrer fahrlässigen Politik die Eurokrise in Griechenland an einen Punkt gebracht, an dem milliardenschwere Schäden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland und Europa nicht mehr zu vermeiden sind. Zwei von drei Troika-Mitgliedern, die Europäische Zentralbank (EZB) und der IWF, fordern bereits einen erneuten Schuldenschnitt, der ausschließlich die öffentlichen Kreditgeber treffen würde. Mit dem bei der Sondersitzung am 26./27. November 2012 in Brüssel ausgehandelten Sammelsurium an Maßnahmen versucht die Bundesregierung zu verschleiern, dass sie im Fall Griechenlands Steuergelder in zweistelliger Milliardenhöhe veruntreut hat. Durch die ständige Verzögerung eines notwendigen Schuldenschnitts werden auf die öffentliche Hand immer höhere Milliardenrisiken übertragen. Viele der privaten Gläubiger haben Griechenland-Anleihen erst in jüngster Zeit mit spekulativen Motiven erworben. Es ist völlig angemessen, dass diese Gläubiger ihre Forderungen komplett abschreiben müssen. Nicht zuletzt, um derartigen Spekulanten in Zukunft das Handwerk zu legen, muss ein Schuldenschnitt eine differenzierte Behandlung der Gläubiger im Rahmen eines fairen und transparenten Entschuldungsverfahrens ermöglichen.
6. Die bisherige angebliche Hilfe für Griechenland und die sogenannte Privatsektorbeteiligung waren bisher in Wirklichkeit Rettungspakete für die Gläubiger, finanziert durch öffentliche Kredite, für welche die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler jetzt haften. Von den 194 Mrd. Euro, die bis Ende 2012 aus dem ersten und zweiten Hilfspaket an Griechenland ausgezahlt sein sollten, flossen und fließen rund 175 Mrd. Euro durch Zins-, Tilgungs- und Barauszahlungen sowie Rekapitalisierungen direkt in die Hände von Banken und anderen privaten Gläubigern, die so aus der Haftung für das überschuldete Griechenland befreit werden. Das beschlossene Rückkaufprogramm zu einem Preis, der über dem Marktpreis liegt, ist ein weiteres Geschenk an die

privaten Gläubiger und wird den Schaden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bei einem zukünftigen Schuldenschnitt weiter erhöhen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der Vereinbarung, die von den Euro-Finanzministern in der Nacht vom 26. zum 27. November 2012 in Brüssel ausgehandelt wurden, nicht zuzustimmen;
2. sich für eine sofortige Rücknahme der krisenverschärfenden Kürzungspolitik einzusetzen;
3. sich stattdessen dafür einzusetzen, dass die öffentlichen Haushalte der Euro-Zone von den Finanzmärkten abgesichert werden, indem eine öffentliche Bank ohne Umweg über private Banken und ohne Zinsaufschlag den Staaten Kredit einräumt und sich bei der EZB refinanziert;
4. sich für eine nachhaltige Entschuldung Griechenlands einzusetzen, bei welcher der Schaden für die öffentlichen Kassen so gering wie möglich gehalten wird, indem sichergestellt wird, dass die verbliebenen privaten Forderungen – größtenteils von Banken und Hedgefonds – nicht mehr bedient werden;
5. sich für eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre einzusetzen, damit die Profiteure der Krise an den Kosten des Schuldenschnitts beteiligt werden können, ein europäisches Investitionswiederaufbauprogramm finanziert wird und eine weitere Senkung der Staatsschulden erfolgen kann;
6. schnellstmöglich geeignete Maßnahmen (wie z. B. einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro) zur Steigerung der deutschen Binnennachfrage zu verabschieden, um dadurch einen Beitrag zum Abbau der Handelsbilanzungleichgewichte zu leisten.

Berlin, den 28. November 2012

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

### **Begründung**

Griechenlands Zahlungsfähigkeit wird seit Mai 2010 durch öffentliche Kredite sichergestellt, damit das Land die Forderungen seiner Gläubiger bedienen kann. Seither wurden an private Gläubiger – insbesondere Banken und Hedgefonds – Kredite im Volumen von 70 Mrd. Euro ohne Abschlag zurückgezahlt. Außerdem wurden im selben Zeitraum Zinsforderungen über 30 Mrd. Euro ebenfalls in voller Höhe und ohne Abschlag beglichen, und die privaten Gläubiger erhielten im Rahmen der zweiten sogenannten Gläubigerbeteiligung, die Anfang 2012 abgewickelt wurde, eine quasi – erneut öffentlich finanzierte – Barauszahlung in Höhe von 30 Mrd. Euro. Sogar bei einem jetzt komplett erzwungenen Forderungsverzicht auf die noch von privaten Gläubigern gehaltenen Anleihen in Höhe von rund 70 Mrd. Euro wäre damit nur ein Bruchteil eines 50-Prozent-Schuldenschnitts abgedeckt, der selbst vom IWF und der EZB für nötig angesehen wird, um Griechenlands Zahlungsfähigkeit mittelfristig wiederherzustellen. Die Hälfte der griechischen Staatsschulden belaufen sich gegenwärtig auf 180 Mrd. Euro. Da sich der IWF und die EZB aufgrund ihrer Statuten nicht an einem Forderungsverzicht beteiligen können, würde ein 50-prozentiger Schuldenschnitt nur durch einen entsprechend höheren Schnitt bei den öffentlichen Krediten, für welche die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften, möglich sein.

